



## Erklärung der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der G7

24. Februar 2024

Wir, die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der Gruppe der Sieben (G7), sind heute mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky zusammengekommen, um unsere unerschütterliche Unterstützung für die Ukraine zu bekräftigen und um erneut die Tapferkeit und Widerstandsfähigkeit der Menschen in der Ukraine zu würdigen, die unermüdlich für die Freiheit und die demokratische Zukunft ihres Landes kämpfen.

Sie halten der großangelegten illegalen, nicht zu rechtfertigenden und unprovokierten Invasion Russlands, die einen eklatanten Verstoß gegen die VN-Charta darstellt, seit zwei Jahren stand. Sie haben ihren Willen unter Beweis gestellt, die Kriegsmaschinerie von Präsident Putin zu bezwingen, die territoriale Unversehrtheit ihres Landes wiederherzustellen und die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine zu verteidigen.

Präsident Putin hat sein strategisches Ziel, die Ukraine zu unterwerfen, verfehlt. Stattdessen bürdet er seinem eigenen Volk Tag für Tag einen hohen Preis für das verantwortungslose Handeln seiner Regierung auf. Er zehrt Russlands Ressourcen auf, um einen unnötigen Krieg zu finanzieren, reißt russische Familien auseinander und hat bereits den Verlust Hunderttausender russischer Menschenleben zu verantworten.

Wir sind nach wie vor überzeugt, dass wir einen Sieg der Menschen in der Ukraine im Kampf um ihre Zukunft gewährleisten und einen Beitrag zur Schaffung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens leisten können.

An dieser Stelle würdigen wir auch den außergewöhnlichen Mut Alexej Nawalnys und stehen an der Seite seiner Frau, seiner Kinder und all jener, die ihm nahe waren. Er hat sein Leben dem Kampf gegen die Korruption des Kreml und für freie und faire Wahlen in Russland geopfert. Wir rufen die russische Regierung auf, die Umstände seines Todes lückenlos aufzuklären. Wir rufen die russische Regierung gleichermaßen auf, alle unrechtmäßig festgehaltenen Gefangenen freizulassen und die Verfolgung der politischen Opposition sowie die systematische Beschneidung der Rechte und Freiheiten der Menschen in Russland zu beenden. Wir werden diejenigen, die die Schuld am Tod Nawalnys tragen, zur Rechenschaft ziehen, auch indem wir als Antwort auf Menschenrechtsverletzungen und -verstöße in Russland weiterhin restriktive Maßnahmen verhängen und andere Maßnahmen ergreifen.

1. Auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung zur Unterstützung der Ukraine, die wir im letzten Juli in Wilna verabschiedet haben, unterstützen wir weiterhin das Recht der Ukraine, sich selbst zu verteidigen, und bekräftigen unser Bekenntnis zur dauerhaften Sicherheit der Ukraine, auch durch den Abschluss und die Umsetzung bilateraler Sicherheitszusagen und -vereinbarungen. Um der Ukraine zu helfen, stocken wir unsere sicherheitspolitische Unterstützung für das Land auf und bauen unsere Produktions- und Lieferkapazitäten aus.

Zehn Jahre nach den Protesten auf dem Maidan stehen wir an der Seite der ukrainischen Regierung und des ukrainischen Volkes bei der Untermauerung der Grundlagen ihres demokratischen Staates durch unverzichtbare Reformen, insbesondere zur Stärkung des ukrainischen Rechtssystems und der Rechtsstaatlichkeit, und bei der Korruptionsbekämpfung. Diese Bemühungen sind Etappen auf dem Weg der Ukraine hin zu einer euroatlantischen Integration. Wir sprechen der Ukraine unsere Anerkennung für ihre bisherigen Leistungen aus und begrüßen den Beschluss des Europäischen Rates vom vergangenen Dezember, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aufzunehmen. Wir begrüßen die Fortschritte der Ukraine in Richtung der Erfüllung der Programmauflagen der erweiterten Fondsfazilität (EFF) des IWF.

Es darf Russland nicht gelingen, als Kompensation seiner Misserfolge auf dem Gefechtsfeld die ukrainische Wirtschaft zugrunde zu richten. Wir werden die Ukraine bei der Deckung ihres unmittelbaren Finanzierungsbedarfs unterstützen und anderen gefährdeten Ländern, die stark von den Auswirkungen des russischen Krieges betroffen sind, zur Seite stehen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die EU die neue Ukraine-Fazilität mit 50 Milliarden Euro angenommen hat. Damit wird der Ukraine bis 2027 entscheidende finanzielle Unterstützung zur Verfügung gestellt. Wir begrüßen darüber hinaus weitere wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen, die von anderen beschlossen wurden, um die verbleibende Finanzierungslücke der Ukraine zu decken, sowie die zügige Bereitstellung der japanischen Budgethilfe im ersten Quartal 2024 und Kanadas neue Finanzmittel. Wir rufen dringend zur Billigung weiterer Unterstützung auf, um die verbleibende Haushaltslücke der Ukraine für 2024 zu schließen.

Der Wiederaufbau der Ukraine, an dessen Anfang erste Konjunkturbelebungsmaßnahmen stehen, bleibt eine wichtige Priorität. Wir werden weiterhin mit den ukrainischen Behörden und mit internationalen Finanzinstitutionen im Rahmen der multilateralen Geberplattform für die Ukraine arbeiten und private Investitionen mobilisieren. Wir begrüßen die Ausweitung der Plattform auf die Republik Korea, Norwegen, Schweden und die Niederlande. Im Nachgang zu der erfolgreichen japanisch-ukrainischen Konferenz zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Wiederaufbau sehen wir den für 2024 in Berlin und für 2025 in Rom geplanten Wiederaufbaukonferenzen erwartungsvoll entgegen.

2. Wir rufen Russland auf, seinen Angriffskrieg umgehend zu beenden und seine Streitkräfte vollständig und bedingungslos aus dem international

anerkannten Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen. Wir rufen alle Länder auf, das Völkerrecht zu achten und die Versuche Russlands, gewaltsam Gebietsgewinne zu erzielen, in keiner Weise für gültig zu erklären oder zu dulden. Wir werden weder die von Russland in Gebieten der Ukraine in der Vergangenheit oder in Zukunft abgehaltenen sogenannten „Wahlen“ noch deren Ergebnisse jemals anerkennen. Die erklärte Absicht Russlands, in ukrainischen Regionen Abstimmungen für die russischen Präsidentschaftswahlen abzuhalten, stellt eine ungeheuerliche Verletzung der Souveränität der Ukraine dar.

Wir verurteilen Russlands kontinuierliche brutale Angriffe auf die Zivilbevölkerung und kritische zivile Infrastruktur sowie von russischen Streitkräften in der Ukraine begangene Kriegsverbrechen, darunter sexualisierte Gewalt, in aller Schärfe. Wir verurteilen die Menschenrechtsverletzungen, die Russland in den von Russland besetzten Gebieten begeht, in aller Schärfe. Wir sind unverändert entschlossen, die Verantwortlichen im Einklang mit dem Völkerrecht für ihre Gräueltaten gegen die ukrainische Bevölkerung zur Rechenschaft zu ziehen. Wir unterstützen Ermittlungen des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs, des Generalstaatsanwalts der Ukraine und anderer nationaler Staatsanwälte im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten. Wir begrüßen die laufenden Gespräche im Rahmen der Kerngruppe über die mögliche Einrichtung eines Tribunals für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine. Wir fordern Russland auf, alle von ihm unrechtmäßig festgehaltenen Personen freizulassen und alle Zivilpersonen, die es illegal verbracht oder verschleppt hat, angefangen mit Tausenden von Kindern, sicher zurückzuführen. Wir begrüßen die von der Ukraine und Kanada ins Leben gerufene internationale Koalition für die Rückkehr ukrainischer Kinder. Wir betonen ferner, wie wichtig Fortschritte in Bezug auf den Austausch aller Kriegsgefangenen sind, und begrüßen dahingehende Bemühungen anderer Partnerländer und Akteure. Und schließlich werden wir unsere Unterstützung für ukrainische Vertriebene und Geflüchtete fortsetzen und Menschen in Not weiterhin schützen. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für das Schadensregister des Europarats für die Ukraine.

Während Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine die weltweite Ernährungssicherheit weiterhin untergräbt, feiern wir die Erfolge der Ukraine bei der signifikanten Ausweitung seiner Lebensmittelexporte über das Schwarze Meer, die einen Beitrag zur Ernährung der Weltbevölkerung leisten werden. Dank der ukrainischen Seekorridore und der Solidaritätskorridore zwischen der EU und der Ukraine ist die Ukraine auf dem besten Wege, ihre Getreideernte aus dem Jahr 2023 trotz russischer Angriffe auf ukrainische Häfen und des Rückzugs Russlands aus der Schwarzmeer-Getreide-Initiative vollständig zu exportieren. Wir werden die Ukraine weiterhin bei der Ausfuhr ihres Getreides und ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse in die bedürftigsten Länder unterstützen, auch durch die Umsetzung des Getreideüberprüfungsmechanismus, dessen Vorsitz dieses Jahr die Ukraine innehat. Wir rufen Russland auf, seine Bestrebungen, die Lebensmittelversorgung als Waffe einzusetzen, einzustellen und eine sichere

Handelsschiffahrt im Schwarzen Meer zu unterstützen.

Russlands verantwortungslose nukleare Rhetorik und seine Haltung der strategischen Einschüchterung sowie die Schwächung von Rüstungskontrollregimes durch Russland sind inakzeptabel. Androhungen des Einsatzes von Kernwaffen durch Russland, ganz zu schweigen von einem tatsächlichen Einsatz von Kernwaffen durch Russland, im Kontext von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine sind unzulässig.

**3.** Wir werden, wie unsere kürzlich angenommenen Sanktionspakete zeigen, die Kosten für Russlands Krieg weiter in die Höhe treiben, Russlands Einnahmequellen schwächen und seine Bemühungen zum Aufbau seiner Kriegsmaschinerie behindern. Wir sind unverändert entschlossen, unsere Sanktionen gegen Russland vollständig um- und durchzusetzen und bei Bedarf neue Maßnahmen zu beschließen. In enger Zusammenarbeit mit Drittstaaten treten wir weiterhin allen Versuchen entgegen, unsere Sanktionen und Ausfuhrkontrollmaßnahmen zu umgehen und zu vermeiden. Wir werden Unternehmen und Einzelpersonen in Drittstaaten, die Russland bei der Beschaffung von Waffen oder wichtigen Vorprodukten für Waffen unterstützen, mit weiteren Sanktionen belegen. Darüber hinaus werden wir diejenigen mit Sanktionen belegen, die Russland bei der Beschaffung von Maschinen und anderen Geräten zur Unterstützung der russischen Waffenproduktion oder militärisch-industriellen Entwicklung helfen.

Wir werden weiterhin erheblichen Druck auf russische Einnahmen aus Energie und anderen Rohstoffen ausüben. Wir werden weiterhin Maßnahmen für eine stärkere Einhaltung und Durchsetzung der Preisobergrenze für Öl ergreifen. Wir arbeiten für die Aufrechterhaltung einer stabilen Versorgung, werden aber auf Verstöße gegen die Preisobergrenze reagieren, auch indem wir diejenigen, die beim Transport von russischem Öl Praktiken der Verschleierung nutzen, sowie die Netzwerke, die Russland aufgebaut hat, um zusätzliche Einnahmen durch Verstöße gegen die Preisobergrenze zu generieren, mit zusätzlichen Sanktionsmaßnahmen belegen. Wir werden weiterhin Maßnahmen ergreifen, um Russlands künftige Einnahmen aus dem Energiesektor zu begrenzen. Wir werden Russlands Entwicklung von künftigen Energieprojekten weiterhin erschweren und seine Entwicklung von Alternativen für Energielieferungen und andere Dienstleistungen unterbinden. Wir werden uns weiterhin bemühen, Russlands Einnahmen aus Metallen zu mindern.

Wir werden weiterhin gegen Akteure aus Drittstaaten vorgehen, die Russlands Krieg materiell unterstützen, auch indem wir dort, wo dies angemessen ist, zusätzliche Maßnahmen gegen Rechtsträger in Drittstaaten verhängen. Wir rufen die Finanzinstitutionen auf, der russischen Kriegsmaschinerie keine Unterstützung zukommen zu lassen, und wir werden im Einklang mit unseren Rechtssystemen geeignete Maßnahmen ergreifen, um von diesem Verhalten abzuschrecken. Finanzinstitutionen und andere Rechtsträger, die den Erwerb von Gegenständen oder Ausrüstung durch Russland für seine rüstungsindustrielle Basis ermöglichen, unterstützen Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, die Souveränität und die Unabhängigkeit der Ukraine

untergraben. Wir verurteilen in aller Schärfe, dass Nordkorea ballistische Flugkörper exportiert und Russland sich diese beschafft, was einen direkten Verstoß gegen einschlägige Resolutionen des VN-Sicherheitsrats darstellt, und rufen beide Länder auf, derartige Aktivitäten umgehend einzustellen. Wir rufen Iran auf, das russische Militär und dessen Krieg in der Ukraine nicht länger zu unterstützen. Wir äußern unsere Sorge darüber, dass Unternehmen in der Volksrepublik China Dual-Use-Material und Bauteile für Waffen und Ausrüstung für die militärische Produktion an Russland weitergeben.

Es ist nicht richtig, dass Russland entscheidet, ob beziehungsweise wann es den Schaden begleicht, den es in der Ukraine verursacht hat. Laut Weltbank belaufen sich diese Schäden inzwischen auf über 486 Milliarden US-Dollar. Russlands völkerrechtliche Verpflichtungen, für die Schäden aufzukommen, die es verursacht, sind eindeutig. Wir sind entschlossen, alle falschen Vorstellungen zu widerlegen, dass die Zeit für Russland spielt, dass die Zerstörung von Infrastruktur und Lebensgrundlagen keine Konsequenzen für Russland hat oder dass Russland siegen könnte, indem es eine wirtschaftliche Niederlage der Ukraine herbeiführt. Russland sollte die Zahlungen, die es schuldet, nicht auf unbestimmte Zeit hinauszögern können. Wir erkennen die dringende Notwendigkeit an, Russlands Versuche, die ukrainische Wirtschaft zu zerstören, sowie Russlands fortgesetzte Missachtung seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen zu unterbinden. Wir sind entschlossen, eine uneingeschränkte Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, und wir unterstützen die Ukraine dabei, Wiedergutmachung für die Verluste, Verletzungen und Schäden zu erhalten, die aus Russlands Aggression resultieren.

Wir bekräftigen erneut, dass im Einklang mit unseren jeweiligen Rechtssystemen Russlands staatliche Vermögenswerte in unseren Staaten und Gebieten eingefroren bleiben, bis Russland den Schaden begleicht, den es der Ukraine zugefügt hat. Wir begrüßen die Annahme der EU-Rechtsakte über von Zentralverwahrern verwahrte außerordentliche Einnahmen aus immobilisierten staatlichen russischen Vermögenswerten und ermutigen zu weiteren Schritten, um ihre Nutzung zu ermöglichen, und zwar im Einklang mit geltenden vertraglichen Verpflichtungen und geltendem Recht. Wir ersuchen unsere Ministerinnen und Minister, ihre Arbeit fortzusetzen und im Vorfeld des Gipfels in Apulien aktualisierte Informationen über alle möglichen Wege vorzulegen, wie im Einklang mit unseren jeweiligen Rechtssystemen und dem Völkerrecht immobilisierte staatliche russische Vermögenswerte für die Unterstützung der Ukraine genutzt werden können.

4. Mit Blick in die Zukunft setzen wir unsere Unterstützung für die Ukraine bei der Weiterentwicklung der Friedensformel von Präsident Selensky fort und verpflichten uns zur Förderung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens im Einklang mit den Grundsätzen der VN-Charta und dem Völkerrecht sowie unter Achtung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine. Zu Beginn des dritten Jahres dieses unerbittlichen Krieges können sich

die Ukraine, ihre Regierung und ihre Bevölkerung auf die Unterstützung der G7 verlassen, solange dies nötig ist.

